

Heiner Flassbeck

GESCHEITERT

**Warum die Politik
vor der Wirtschaft
kapituliert**

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-22-3
2. Auflage 2009
© Westend Verlag Frankfurt/Main
in der Piper Verlag GmbH,
München 2009
Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	16
Kapitel 1 Soziale Demokratie ohne Ökonomie?	
Über Keynes hinaus, aber wohin?	24
Sozial ist, was Arbeit schafft	28
Kapitel 2 Das Scheitern an der deutschen Vereinigung	
Die unvollendete Vereinigung	34
Das Transferproblem	37
Der falsche Lohn	46
Die Legende vom Markt im Osten	57
Die Unfähigkeit zur Solidarität	62
Kapitel 3 Das Scheitern in Europa	
Der Euro – der Anfang vom Ende gleich zu Anfang	66
Inflation, das Gespenst der Deutschen	71
Der ungeliebte Euro	75
Die Europäische Zentralbank: Unzulänglich und unzugänglich	84

Kapitel 4	Das Scheitern bei der Osterweiterung Europas	
	Europa wird groß	88
	Nur die Flucht nach vorn hilft	93
	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort	95
Kapitel 5	Das Scheitern an der Globalisierung	
	Die große Angst	108
	Sozialstandards: Wo die Linke irrt	117
	Die chinesische Gefahr	121
	Wettkampf der Nationen	127
	Die globalisierte Wirtschaft braucht globale Regeln	130
Kapitel 6	Das Scheitern an der Kasinowirtschaft	
	Die Finanzkrise des Jahrhunderts	134
	Herr Ackermann will 25 Prozent	144
	Mindestlohn und Maximalgehalt	148
	Provinzposen statt globaler Politik	151
	Sinnlose Gipfel	154
Kapitel 7	Das Scheitern der Reformen	
	Deutschland, das Schlusslicht	158
	Reformieren, reformieren, bloß nicht denken	165
	Die schreckliche Geschichte der Rente	171
	Weiß-blaue Pensionsfantasien	181
	Das Dogma der Lohnnebenkosten	188
Kapitel 8	Das Scheitern der Agenda	
	In Willys Namen	194
	Konjunktur für Arbeitsplätze	199
	Wie es uns geht? Danke der Nachfrage!	203
	Wohin mit der Knete?	205
	Koch-Logik	209
	Schulden für die anderen, Guthaben für uns	212

Kapitel 9	Das Scheitern beim Arbeitslohn	
	Mindestlohn: Falsche Theorie für falsche Politik	216
	Der Mindestlohn – die internationale Dimension	221
	Der Flächentarifvertrag ist ein Muss	224
Kapitel 10	Das Scheitern an Nebenkriegsschauplätzen	
	Grundeinkommen für Millionäre?	229
	Sackgasse Privatisierung	232
	Journalisten und sonstige Meinungsmacher	234
	Ökonomie und Ökologie – der Scheinkonflikt	238
Schluss	In die Zukunft oder in die Vergangenheit?	
	Gerhard (und Angela) im Glück	244
	Wirtschaftsfreundliche Politik ist das Ende der Marktwirtschaft	250
	Anmerkungen	260
	Literaturverzeichnis	262

Vorwort

Die große Krise bringt an den Tag, was der globale Boom für ein paar Jahre verdeckt hatte: Die deutsche Wirtschaftspolitik hat kein Konzept, weder für den Boom noch für die Krise. Das ist leider nicht neu. Seit dem Ende der amerikanischen Vorherrschaft in der Wirtschaftspolitik, die die ersten beiden Jahrzehnte nach dem Krieg geprägt hatte, und einer kurzen Episode sozialliberaler Versuche in Keynesianismus wurstelt man in deutschen Ministerien ohne jede klare Idee vor sich hin. Seit drei Jahrzehnten, nämlich genau seit Helmut Schmidt sich im Jahre 1978 einmal internationalen Verpflichtungen beugte, spielt die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Erde ohne jeden Sinn und Verstand international die Rolle des Bremsers, wenn es darum geht, die Weltwirtschaft in einer koordinierten Aktion aus einer Talsohle zu holen.

Seit drei Jahrzehnten verfolge ich das mit einer Mischung von Sarkasmus und Ironie. Jetzt aber, im Winter 2009 wird es wirklich gefährlich. Nachdem das neoliberale Modell, das hierzulande mit dem Lambsdorff-Papier im Jahre 1981 hoffähig wurde, endgültig gegen die Wand gefahren ist, steht die deutsche Wirtschaftspolitik vor einer fundamentalen Wende. Reagiert sie nicht aus eigenen Stücken, werden die Verhältnisse sie zwingen. Deutschland muss endlich wirtschaftspolitisch erwachsen werden.

Vielleicht muss man mit eigenen Augen gesehen haben, was

alles schiefgelaufen ist, um zu verstehen, wie tief greifend die Wende jetzt sein muss. Vielleicht hilft es, sich sozusagen im Schnelldurchlauf die *chronique scandaleuse* vor Augen zu führen, um zu verstehen, warum Durchwursteln ins Verderben führen muss. Da ich einer der wenigen Menschen bin (momentan vermutlich sogar der Einzige), der praktisch alle wichtigen Institutionen der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland aus eigener Mitarbeit kennt, kommt mein Urteil weder aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft noch aus den Niederungen der Politik allein. Meine Arbeit war von Anfang an geprägt von dem Versuch, aus der Wissenschaft praktische Lehren für eine gesamtwirtschaftlich vernünftige Politik zu ziehen.

Als ich im Mai 1980 vom Stab des Sachverständigenrates, den »fünf Weisen« in Wiesbaden, in das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) nach Bonn wechselte, begann das Drama. Kurz zuvor hatte ich ein Angebot, zur Deutschen Bundesbank in die Zentrale nach Frankfurt zu gehen, unter anderem deswegen ausgeschlagen, weil im Bundesbankgesetz explizit geregelt ist, dass für die Beamten dort die Möglichkeit, ihre Meinung in der Öffentlichkeit oder auch in der Wissenschaft zu verbreiten, eingeschränkt war. Ich war aber gerade im Unfrieden von einem Sachverständigenrat geschieden, der sich als die neoliberale Speerspitze im Kampf gegen den Staat ansah, und fand die freie Meinungsäußerung zu diesen Dingen entscheidend für meinen weiteren Lebensweg.

Das war eine gute Entscheidung. In Bonn war nämlich in der alten Kaserne an der Villemomblerstraße fast die gesamte Gruppe von Menschen versammelt, die in den nächsten drei Jahrzehnten Deutschlands wirtschaftliches Schicksal in der Hand beziehungsweise im Kopf haben würden. Ich begann meine Arbeit im Grundsatzreferat und einer der erfahrenen Kollegen, die mich in den ersten Monaten berieten und dessen Büro unmittelbar neben meinem lag, hieß Horst Köhler. Am Ende des Flures resi-

dierte Hans Tietmeyer, die graue Eminenz des Ministeriums und der Vordenker der Wende von 1982, also des Endes der linksliberalen Koalition, die schließlich mit dem Lambsdorff-Papier ihren Anfang nahm.

Tietmeyer ging nach der Wende als Staatssekretär ins Finanzministerium (wo dann auch Köhler als Redenschreiber des damaligen Finanzministers Gerhard Stoltenberg einzog), wurde Ende der 90er Jahre Präsident der Deutschen Bundesbank und von Kanzler Kohl als wirtschaftlicher Sonderberater für die deutsche Einigung zeitweise ausgeliehen. Zuletzt machte er Schlagzeilen als von Angela Merkel vorgeschlagener Vorsitzender einer Expertenkommission zur Bewältigung der einsetzenden internationalen Finanzkrise im Spätsommer 2007, nachdem man zwischendurch nur von seiner Lobbytätigkeit für die »Initiative neue soziale Marktwirtschaft« gehört hatte.

Ein paar Zimmer weiter damals in Bonn saß Bernd Pfaffenbach, seit vielen Jahren der wichtigste wirtschaftspolitische Berater deutscher Kanzler und Gipfel-Sherpa, zusammen mit Johannes Ludewig, der als Berater von Kohl die deutsche Vereinigung maßgeblich mitprägte und schließlich Bahnchef wurde. Beide schrieben damals die langweiligen monatlichen Konjunkturberichte des BMWI. Ein Stockwerk darüber ackerte sich Jürgen Stark, der später in der Bundesbank und in der Europäischen Zentralbank (EZB) maßgeblich für viele falsche Entscheidungen war, an der europäischen Agrarpolitik ab. Insgesamt gesehen aber gab es eine erstaunliche Menge sehr guter Ökonomen im Wirtschaftsministerium, die jederzeit mit ihren Kollegen in der Zentralbank oder in den wissenschaftlichen Instituten mithalten konnten und auch wollten. Herausragend waren Willi Koll, Gerhard Maier-Rigaud, Matthias Schürgers und der Anfang dieses Jahrhunderts tragisch ums Leben gekommene Hans-Jürgen Süsser. Wir alle berichteten an Otto Schlecht, den Doyen aller Bonner Staatssekretäre und den langjährigen Hüter des ordnungspolitischen Denkens in Deutschland.

Ich verstand von Anfang an meine Rolle als »Hilfsreferent« (so hieß das damals wirklich, bis man zur Wahrung der Menschenwürde auf Referent umstellte) im Grundsatzreferat als die eines kritischen Beobachters und Kommentators. Also begann ich, was sehr unüblich war, aus eigenem Antrieb (ohne »Weisung«!) kritische Kommentare (»Vermerke«) zu aktuellen Fragen zu schreiben, und zwar auch dann, wenn die Kritik die deutsche Wirtschaftspolitik betraf. Als zum Beispiel der damalige Bundesminister Otto Graf Lambsdorff aus Japan zurückkehrte und den Untergang Deutschlands wegen der scheinbar heraufziehenden japanischen Gefahr beschwor, hielt ich locker mit dem Argument entgegen, man solle sich mal die Abwertung der japanischen Währung ansehen, dann habe man eine einfache Erklärung für japanische Exporterfolge, die sich nicht auf die Überlegenheit des Japaners als solchem oder des Asiaten im Allgemeinen stützen müssten.

Eines Tages erhielt ich ob eines solchen Vermerkes einen gestreng klingenden Anruf eines ausgewachsenen »Unterabteilungsleiters« (so heißen die trotz allgemeiner Achtung der Menschenwürde noch heute), und zwar den eines damals schon sehr bekannten Unterabteilungsleiters. Ebenfalls ein Stockwerk über der Grundsatzabteilung saß nämlich auch Claus Noé, seines Zeichens zuständig für Strukturpolitik, also für Stahl, Landwirtschaft, regionale Fragen und ähnliche, von der reinen Marktwirtschaft abtrünnig gewordene Bereiche des Lebens. Claus Noé war aber trotz seiner Jugend weit über diesen Bereich hinaus bekannt geworden als Vordenker und Nachdenker (eigentlich beschreibt Nachdenker besser, worum es geht) von Karl Schiller und Helmut Schmidt, war aber gegen Ende der 70er Jahre in »Ungnade« gefallen, weil er partout nicht vom Denken ablassen wollte, obwohl doch gerade das Nachplappern der angebotspolitischen Floskeln angesagt war.

Dieser Claus Noé also zitierte mich zu sich, wie man einen Hilfsreferenten eben so zitiert, und verkündete mir bei einer

Tasse Kaffee, wie froh er sei, endlich wieder einen kritischen Menschen in diesem Ministerium begrüßen zu dürfen. Er ermunterte mich zum Weitermachen, selbst auf die Gefahr hin, in Ungnade zu fallen, weil das Denken nun mal das Einzige sei, was den Menschen zum Menschen mache. Claus Noé ging wenig später als Staatsrat nach Hamburg und wir trafen uns erst wieder, als in den Wirren der deutschen Vereinigung das Denken vollends unter die Räder zu kommen drohte. Wir planten dann gemeinsam mit Oskar Lafontaine die neue Wende einer rot-grünen Regierung für 1998 und entwarfen ein Programm für die mittlere Frist. Als die schon im Frühjahr 1999 zu Ende war und das Denken wieder in Ungnade fiel, blieb uns unsere herzliche Freundschaft bis zu seinem viel zu frühen Tod im März 2008.

1986 war meines Bleibens im BMWI nicht mehr länger. Nach der Rückkehr von einem neunmonatigen »Praktikum« (das ministeriumsintern nur Kinderlandverschickung genannt wurde) in Genf war die angebotspolitische Agenda im Ministerium so gefestigt und der Keynesianismus so sehr verteufelt, dass man meine ketzerischen Vermerke nicht mehr lesen und meine kritischen wissenschaftlichen Artikel nicht mehr in der Presse zitiert sehen wollte. Die Grundsatzabteilung bestand darauf, dass ich – trotz sehr freundschaftlicher Unterstützung von Otto Schlecht – nun etwas so Konkretes wie Mittelstandspolitik machen müsse. Das war zwar nicht sehr anstrengend, da die vielen Reden aus den immer gleichen Versatzstücken bestanden und sich in null Komma nichts schreiben ließen, aber es war doch geisttötend, weil man irgendwann ja verstanden hatte, dass der Mittelstand nun einmal das »Rückgrat« der deutschen Wirtschaft ist. So traf es sich gut, dass mich eines Tages Hans-Jürgen Krupp, der damalige Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), fragte, ob ich nicht Interesse an einer Mitarbeit in Berlin hätte¹.

Oskar Lafontaine war 1993 auf meiner Bildfläche erschienen. Nachdem ich bei einigen Gelegenheiten in Ostdeutschland eine

Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung namens Christa Müller getroffen und gesprochen hatte, wurde ich eines Tages zu einer kleinen, aber feinen Konferenz eingeladen, bei der sich der damalige finanzpolitische Sprecher der SPD von einigen Ökonomen, darunter auch Claus Noé und Hans-Jürgen Krupp, die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands vortragen ließ. Erst später erfuhr ich, dass der Hauptzweck der kleinen Konferenz gewesen war, geeignete Kandidaten für eine intensive Beratung des finanzpolitischen Sprechers zu identifizieren.

Als ich 1998 nach langen und wissenschaftlich geprägten Jahren in Berlin mit Oskar Lafontaine, Claus Noé und Wolfgang Filc von der Universität Trier (der seine deprimierenden Erlebnisse in dem Buch *Mitgegangen – mitgegangen. Mit Lafontaine im Finanzministerium* verarbeitet hat) wieder in ein Bundesministerium eintrat, war der Schock gewaltig. Zwar hatte die SPD gerade mit Pauken und Trompeten eine Wahl gewonnen, zwar war der Bundesfinanzminister auch der Vorsitzende der großen Koalitionspartei, zwar hatten wir in der Oppositionszeit interessante Ideen entwickelt, zwar war die internationale Szene günstiger wie nie (weil fast ganz Europa sozialdemokratisch regiert wurde), zwar war unser Programm der Kontrolle der Finanzmärkte und der fundamentalen Änderung der wirtschaftspolitischen Rollenverteilung hochaktuell und – wie sich einige Jahre später zeigen sollte – geeignet, eine große globale und europäische (Finanz-)Krise zu verhindern, aber wir waren extrem einsam. Die Einsamkeit begann mit der Beamtenschaft, die auf alles getrimmt war, nur nicht auf kritisches und eigenes Denken, sie setzte sich fort im Parlament, wo keinerlei Reflexionsfläche für unsere Vorstellungen zu finden war, sie war latent bei allen Politiker- und Kabinettskollegen, die mit offenem oder verhülltem Entsetzen auf die Vorstellung reagierten, sich mit den »Finanzmärkten«, der heiligen Bundesbank oder der Unternehmerschaft anlegen zu wollen, und unsere Einsamkeit endete in den Medien, wo die letzten unabhängigen und kritischen Wirt-

schaftsjournalisten die Segel gestrichen hatten und die Ver-
teufelung des Staates und des gesamtwirtschaftlichen Denkens
zur Doktrin der gesamten staatstragenden Kaste erhoben wor-
den war.

Im Frühjahr 2009 ist alles ganz anders. Der Staat hat die reale
Wirtschaft vor dem Untergang gerettet, nachdem sie von den
Finanzmärkten in den Sumpf getrieben worden war. Gut und
Böse haben die Rollen getauscht. Die Staatenlenker sind die
Helden, die Banker sind die Bösewichte. Der Name Keynes
taucht wieder in den deutschen Gazetten auf und gar die ver-
femten »Konjunkturprogramme« werden ernsthaft diskutiert.
Doch Vorsicht! Viele von denen, die jetzt die neue Ära der Staats-
wirtschaft ausrufen, haben auch vorher nicht verstanden, wovon
sie sprechen, und die anderen wird ihr Opportunismus bei
nächster Gelegenheit sofort wieder vom Gegenteil überzeugen.
Niemand lernt über Nacht und bloß aufgrund eines großen
globalen Schocks gesamtwirtschaftliches Denken. Weil aber die
Bereitschaft der Menschen zu lernen, offenbar nur durch solche
Schocks angeregt werden kann, gibt es jetzt eine Chance für
einen Neuanfang – nicht mehr und nicht weniger. Ob sie wahr-
genommen wird, wissen wir nicht. Sicher aber ist, dass die
Architekten der alten Ordnung keinen tragfähigen Plan für die
neue erarbeiten werden.